

Einwohnerrat

Sitzungsprotokoll vom 27. Oktober 2022

| | |
|-------------------|---|
| Vorsitz: | Remo Keller, Einwohnerratspräsident |
| Anwesend: | 37 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats |
| Entschuldigt: | Anna Lena Drahts Filomena Hostettler Philippe Minnig |
| Protokollführung: | Beatrice Räber, Vizestadtschreiberin |
| Zeit: | 19:30 Uhr bis 21:35 Uhr |
| Ort: | Aula Lenzhard |

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts
3. Neubau Malagarain; Ersatz Bezirksgebäude (Bezirksgericht); Parkanlage; Verpflichtungskredit
4. Ausbau Publikumsanlagen Bahnhof Lenzburg; Verlegung Kanalisation; Verpflichtungskredit
5. Hochwasserschutz Stadtbach/Kantonsstrasse K374; Verpflichtungskredit
6. ICT-Infrastruktur der Stadtverwaltung; Full-Outsourcing; Migrationsprojekt; Verpflichtungskredit
7. Seonerstrasse K249; Bahnübergang Seetalbahn Brännli; Kreditabrechnung
8. Schriftliche Anfrage "Die Mitte" "Energieversorgung und Strompreise"; Beantwortung des Stadtrats
9. Umfrage

V e r h a n d l u n g e n :

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte, liebe Gäste. Herzlich Willkommen zur heutigen Sitzung, welche nicht als Reserve gilt, sondern als richtige Sitzung. Wir können diese Sitzung nicht ausfallen lassen, da einige gewichtige Projekte traktandiert sind. Heute dürfen wir beispielsweise über die ICT-Infrastruktur unserer Stadt debattieren. Des Weiteren sprechen wir seit längerer Zeit wieder einmal über einen öffentlichen Park. Ich hoffe, dass wir diesbezüglich eine endgültige Lösung finden. Ich freue mich auf eine angeregte und faire Diskussion. Zu der Sitzung heisse ich auch die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Presse herzlich willkommen. Von der Aargauer Zeitung sind Eva Wanner und Michael Hunziker anwesend; für den Lenzburger Bezirksanzeiger schreibt heute Romi Schmid. Beatrice Räber sitzt als Aktuarin an meiner Seite und unterstützt mich hier im Ratsbüro. Ich danke ebenfalls Marcel Wattinger, dem Ratsweibel, für die Vorbereitung des Sitzungssaals.

Die Traktandenliste und die weiteren Unterlagen sind euch rechtzeitig zugestellt worden. Ich stelle fest, dass der Rat beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet.

1 Mitteilungen

1. Protokolle

Das Protokoll der Sitzung vom 15. September 2022 ist verschickt worden.

2. Rechtskraft von Beschlüssen

Die Beschlüsse der Einwohnerratssitzung vom 15. September 2022, die dem Referendum unterlagen, sind am 24. Oktober 2022 in Rechtskraft erwachsen.

3. Neueingänge

Wir haben eine schriftliche Anfrage der Mitte und der FDP betreffend Weihnachtsbeleuchtung, eine schriftliche Anfrage von Anna Lena Drahts

betreffend Gratis Abgabe von Menstruationsartikeln an Lenzburger Schulen und eine dringliche Motion "Beitritt Energiesparallianz".

4. Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung habe ich folgende Entschuldigungen erhalten: Anna Lena Drahts, Filomena Hostettler und Philipp Minnig.

2 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

Sprecher der Einbürgerungskommission ist Dominique Guindo (GLP): *Zitat der Präambel der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft.* Bei Einbürgerungen wird immer wieder darüber gestritten, ob die Einbürgerung der krönende Schlussakt einer geglückten Integration ist oder ein wichtiger Meilenstein davon. Die Wahrheit ist, dass eine Integration nie abgeschlossen ist. Wir sind nie fertig damit, uns zu integrieren, zu entwickeln und zu entdecken. Alle Gesuchsteller, über welche wir heute befinden, haben verschiedene Profile. Dennoch teilen sie ein gemeinsames Schicksal. Sie alle haben beschlossen, die Schweizer Staatsbürgerschaft zu beantragen, die schweizerischen Gesetze, Sitten und Bräuche zu respektieren und an ihrem Wohlstand teilzunehmen. Von Menschen, die den Schweizer Pass möchten, werden Werte wie Sprache, Sitte, Kultur, Geschichte, Mentalität und Arbeitsethos gefordert. Das ist richtig so; es ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Die Immigrantinnen und Immigranten müssen auch verstanden werden. Integration ist keine Einbahnstrasse. Die heutige Schweiz ist das Ergebnis von viel Arbeit, Organisation und Genialität. Die Schweiz generell und speziell Lenzburg hat eine Kultur des Willkommens. Wir wollen uns nicht mit Misstrauen begegnen. Wir wollen, dass Einheimische und Zuziehende aufeinander zugehen. Dieser Begriff beinhaltet, dass sich beide Seiten bewegen müssen. Integration verlangt somit von allen Seiten Flexibilität und Offenheit, da die Zuwanderung ein Gewinn für die ganze Gesellschaft ist. Ein Einbürgerungsverfahren ist ein langer Prozess mit viel administrativem Aufwand. Dennoch haben sich die Gesuchsteller nicht vor diesem Hürdenlauf gescheut. Der bekannte Schweizer Schriftsteller Max Frisch sagte, dass jeder Mensch eine Heimat braucht, da man dort eine vertraute Umgebung und Geborgenheit findet. Doch die Heimat ist nicht nur an Orte und Länder gebunden. Heimat sind die Menschen, die uns verstehen und die wir verstehen. Darum wünschen wir Ihnen, dass Sie sich hier verstanden fühlen und sich nicht rechtfertigen müssen für Ihren Namen oder Akzent. Jemand sitzt im Schatten, weil jemand vor langer Zeit einen Baum gepflanzt hatte. Die

Einbürgerungskommission empfiehlt dem Einwohnerrat alle Gesuche zur Annahme.

Einwohnerratspräsident Remo Keller erläutert das weitere Vorgehen.

Abstimmungen

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig, über alle Gesuche in Globo abzustimmen. Mit 28 Ja-Stimmen zu 7 Nein-Stimmen beschliesst der Einwohnerrat, dass eine offene Abstimmung durchgeführt wird.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Dies bedeutet, dass ich die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller bitten muss, den Saal zu verlassen. Wir werden Sie nach den Abstimmungen wieder in den Saal holen, um die Resultate zu verkünden.

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 21. September 2022 wird in offener Abstimmung das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg zugesichert:

- a. Anisa Bahtiji, geboren am 3. April 2012, Staatsangehöriger des Kosovos. Die Zusicherung erfolgt mit 36 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.
- b. Genta Bahtiji, geboren am 17. Dezember 2009, Staatsangehörige des Kosovos. Die Zusicherung erfolgt mit 36 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.
- c. Saad Ahmed, geboren am 17. Juli 1980, Staatsangehöriger von Pakistan, zusammen mit seiner Ehefrau Shafia Ahmed, geboren am 22. Februar 1984, Staatsangehörige von Pakistan, und den Kindern Areesha Ahmed, geboren am 30. November 2006, Staatsangehörige von Pakistan und Nael Ahmed, geboren am 31. Januar 2016, Staatsangehöriger von Pakistan. Die Zusicherung erfolgt mit 36 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.
- d. Leonita Hulaj, geboren am 14. November 1985, Staatsangehörige des Kosovos. Die Zusicherung erfolgt mit 36 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.
- e. Aleksandra Pietruszewska, geboren am 10. Juni 1980, Staatsangehörige von Polen. Die Zusicherung erfolgt mit 36 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.

Diese Beschlüsse unterliegen nicht dem fakultativen Referendum.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Herzliche Gratulation allen
Gesuchstellenden zur erfolgreichen Absolvierung dieses wichtigen Schrittes.

3 Neubau Malagarain; Ersatz Bezirksgebäude (Bezirksgericht); Parkanlage; Verpflichtungskredit

Daniel Blaser (GPFK): Das Bezirksgericht befindet sich seit 1940 im Bezirksgebäude am Metzplatz. Im Jahre 2013 entschied die Stadt, dass dieses Gebäude aus platz- und sanierungstechnischen Gründen nur noch zeitlich begrenzt zur Verfügung gestellt wird. Funktionelle Anforderungen und Sicherheitsbedürfnisse sind seit mehreren Jahren ein grosses Thema. Dies führte dazu, dass die Kantonspolizei nach 80 Jahren einen neuen Standort gesucht und gefunden hat. Mit dem Bau des Malagarains möchte der Kanton für das Bezirksgericht einen zukunftsorientierten Standort mit einer zeitgemässen Nutzung schaffen. Bereits 2014 wurde ein Wettbewerbsverfahren gestartet, um aufzuzeigen, wie ein neues Gebäude auf dieser Parzelle neben dem Malaga-Gewerbehau realisiert werden könnte. Die Stadt Lenzburg beteiligte sich mit CHF 50'000 an diesem Wettbewerb. Die Gestaltung des Aussenraums war eine der wichtigsten Anforderungen an diesem Wettbewerb. Mit diesem Kredit von CHF 600'000 möchte die Stadt Lenzburg die Aussenraumplanung Malagapark für die Öffentlichkeit in Angriff nehmen und umsetzen. In der GPFK wurden einige Fragen hierzu thematisiert. In der Vorlage wurden mehrmals ein Zwischengebäude und eine Trafostation erwähnt. In den Plänen waren diese jedoch nicht ersichtlich. Der Standort dieser beiden Bauteile wurde uns anhand eines zusätzlichen Plans aufgezeigt. Das Zwischengebäude befindet sich unter dem geplanten Eingangsbereich des neuen Gebäudes und ermöglicht den Durchgang von der Tiefgarage zu der Trafostation, die etwas weiter Richtung Hauptstrasse liegt. Es wird erläutert, dass die Stadt Lenzburg im Gegenzug zum Baurecht ein beschränktes Fuss- und Wegrecht bis zur Trafostation erhält, sodass für die SWL der Zugang zur Trafostation über die Einstellhalle gesichert ist. Normalerweise sollte theoretisch bereits ein Wegrecht bis zur Trafostation vorhanden sein. Praktisch sieht das aber anders aus. Gemäss Christian Brenner ging man in der Vergangenheit etwas lasch mit Dienstbarkeiten um und es wurde damals kein Wegrecht eingeräumt. Auch für die Leitungen zur Trafostation besteht keine Regelung. Die Aussage in der Vorlage betreffend kulante Lösung mit Fuss- und Wegrecht ist nicht abschliessend. Die Stadt Lenzburg muss sich für den Zugang zu der Trafostation mit CHF 72'000 beteiligen. Bei der Frage, weshalb die SWL diese Kosten nicht übernehmen muss, hat uns der Stadtrat auf die vielen Mitspieler und die relativ komplexe Verhandlung hingewiesen. Hierbei erwartete die GPFK eine fundiertere Antwort. Bei der Gestaltung des Aussenbereichs Malagapark wurden sehr viele Fragen aufgeworfen. Der Quadratmeterpreis im Verhältnis zu anderen

Gestaltungsprojekten, Grösse, Durchmesser, Kronenform der geplanten Bäume, wie das Interesse der Bevölkerung am geplanten Park eingeschätzt wird und die Vorbereitungsarbeiten für die Platzierung der historischen Doppelweiche, die Alternative, wenn diese Weiche nicht platziert wird, die Erschliessung und Wegführung für Fahrradfahrer sowie für den Langsamverkehr. Zusammengefasst, können wir sagen, dass der Stadtrat alles daransetzt, möglichst alle Interessen in dieses Projekt einzubeziehen, um einen attraktiven Standort zu gestalten, sodass für die Bewohnerinnen und Bewohner von Lenzburg ein Mehrwert entsteht. Der Platz soll gut besucht werden, Erholung bieten und Spass machen. Die Kosten sind relativ hoch. Wenn man jedoch berücksichtigt, dass grössere Bäume gepflanzt werden, welche nicht erst nach 20 Jahren Schatten spenden und das Terrain mit grösseren Erdbewegungen angepasst werden muss, dann ist klar, dass im Vergleich mit anderen Projekten bereits die Bäume entsprechend mehr kosten. Bei diesem Projekt ist das Gesamtbild sehr wichtig und das ist mit dieser Vorlage gelungen. Die GPFK empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, diesem Verpflichtungskredit zuzustimmen.

Die Mitte Fraktion empfindet dieses Projekt als sehr gelungen. Es fügt sich optimal auf diesem Grundstück ein und generiert definitiv einen Mehrwert für Lenzburg. Es ist ein Park für Jugendliche, Familien mit oder ohne Kinder und Besucher aus der Umgebung. Wir freuen uns auch über die vom Kanton geplante PV-Anlage auf dem gesamten Dach. Es ist eines unserer angestrebten Ziele, auf möglichst allen, grossen Flächen alternativen Strom zu produzieren und diesen selbst zu verbrauchen oder zu speichern. Bei der Vorlage wünschen wir uns, dass in Zukunft erwähnte Begriffe wie Zwischengebäude und Trafostation auf dem Plan ersichtlich sind, sodass man den Zusammenhang mit dem Text verstehen und alles nachvollziehen kann. Die Mitte Fraktion wird diesem Verpflichtungskredit einstimmig zustimmen.

Rudolf Baumann (SVP): Die SVP-Fraktion hat lange über diese Vorlage debattiert. Grundsätzlich sind wir damit einverstanden, wir können aber das Verhandlungsgeschick der Stadt Lenzburg nicht nachvollziehen. Der Kanton darf Ansprüche stellen über die Qualität der Parkanlage und Umgebung. Wir sind der Meinung, wer mitsprechen will, muss auch zahlen. Dies wurde von der Stadt Lenzburg aber nie in Betracht gezogen. Da keine Vergleichsmöglichkeiten bestehen, ist es für uns sehr schwierig abzuschätzen, ob dieser Betrag zu teuer oder zu günstig für diese Parkanlage ist. Weiter stören uns die Auslagen von CHF 72'000 für den Zugang zur Trafostation. Da das Bahnhofsareal damals zu meinen Spielplätzen gehört hat, weiss ich genau, dass diese Anlage bereits in den Sechzigerjahren bestanden hat. Es existiert aber kein Zugangsrecht und kein Grundbucheintrag. Auch beim Bau des Erlenguts 2005 war die Bauherrschaft zwar erstaunt, unternahm aber trotzdem nichts. In diesem Zusammenhang stellen wir hier den Antrag, dass diese Kosten nach Abschluss der Bauarbeiten der SWL Energie AG verrechnet werden. Dass die Verkehrsführung für Fussgänger und Fahrradfahrer verbessert wird, begrüssen wir. Das hätte jedoch bereits 2005 umgesetzt werden können. Aus kultureller Sicht

können wir mit dem Spielplatz und mit dem Platz für die Dreiwegweiche, welche in der Schweiz einzigartig ist, leben. Wir hoffen, dass dieser Platz rege benutzt wird und viele Menschen anzieht. Auch hoffen wir, dass ein Verein das Kulturgut Seetalbahn fördert und die Weiche an diesen Ort transportiert.

Änderungsantrag SVP:

Nach Abschluss der Bauarbeiten sind der SWL Energie AG CHF 72'000 anteilig an den Entstehungskosten in Rechnung zu stellen.

Abstimmung

Der Änderungsantrag wurde mit 32 Ja Stimmen angenommen.

Annette Sikyr (SP): Wir haben in den letzten Sitzungen viel über mächtige, schattenspendende Bäume gesprochen. Wir alle fanden das eine gute Sache. Jetzt geht es um einen Park, in welchem sogar 10 Bäumen stehen sollen, welche Schatten spenden. Auch das ist eine tolle Angelegenheit, weshalb wir von der SP-Fraktion diesem Verpflichtungskredit einstimmig zustimmen. Diese Bäume werden bei der Verbesserung des Stadtklimas helfen. Wir haben dieses Jahr einen sehr heissen Sommer erlebt. Wenn die Sonne ganztags scheint, heizt sich der Asphalt auf den Strassen und der Beton an den Wänden sehr auf. Abends ist die Hitze erdrückend. Deshalb helfen Bäume und Büsche, das Klima etwas abzukühlen. Der Park ist aber auch gut für die bessere Anbindung des Langsamverkehrs. Es sollen gleichmässige, angenehme Wege gebaut werden, wodurch es automatisch attraktiver wird, sich mit dem Fahrrad fortzubewegen anstatt mit dem Auto. Der Park ist zudem eine Aufwertung für die Marktmatten und attraktiv für die Anwohner.

Chantal Toker-Bieri (GLP): Auch wir haben mit Freude von diesem Projekt Kenntnis genommen, da die Umgestaltung zu einem Stadtpark und nicht nur zu einem Spielplatz erfolgt und somit einen wichtigen Beitrag zur Biodiversität leisten wird. Ebenfalls wird die historische Bedeutung dieser Fläche aufgegriffen, indem der Industriekulturpfad und ein weiteres Denkmal ergänzt werden können. Nebenbei wird auch die Führung des Fahrradwegs optimiert, was sehr positiv ist, da dies aktuell eine schwierige Angelegenheit darstellt. Die GLP Fraktion wird zustimmen.

Antrag:

Der Einwohnerrat möge der Realisierung des Malagaparks zustimmen und für die Ausführung des Vorhabens einen Verpflichtungskredit von CHF 600'000, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten, bewilligen. Nach Abschluss der Bauarbeiten sind der SWL Energie AG CHF 72'000 anteilig an den Entstehungskosten in Rechnung zu stellen.

Abstimmung

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4 Ausbau Publikumsanlagen Bahnhof Lenzburg; Verlegung Kanalisation; Verpflichtungskredit

Adrian Höhn (GPFK): Aufgrund des neuen Bahnhofs muss die alte Kanalisation des SBB-Geländes verlegt werden in einen Bereich, welcher beim neuen Bahnhof wieder öffentlicher Bereich der Stadt Lenzburg ist. Damit das Projekt durchgeführt werden kann, braucht es eine Bewilligung der SBB, da der Vortrieb unterhalb der bestehenden Seetalbahnlinie liegt. Dies ist wiederum der Grund, dass wir bereits heute über ein Geschäft befinden, welches erst im Jahre 2024 realisiert wird. Die Startgrube wie auch die Kosten davon werden mit der SWL geteilt. Die SWL startet von diesem Ausgangspunkt ebenfalls einen Vortrieb in eine andere Richtung, unter dem Gleisfeld der SBB hindurch. Der Vortrieb unter der bestehenden Seetalbahnlinie stellt auch ein gewisses Risiko aufgrund von Absenkungen dar. Christian Brenner bestätigt, dass versucht wird, dieses Risiko durch technische Mittel abzuschwächen. Zudem wird über eine Versicherung diskutiert, weil eine Absenkung und der Ausfall eines SBB-Betriebs erhebliche Kostenfolgen mit sich bringen würde. Die GPFK empfiehlt dem Einwohnerrat diese Vorlage einstimmig zur Annahme.

Antrag:

Der Einwohnerrat möge der Verlegung der Kanalisation Bahnhofstrasse zustimmen und für die Ausführung des Vorhabens einen Verpflichtungskredit von CHF 882'000 zuzüglich teuerungsbedingten Mehrkosten bewilligen.

Abstimmung

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5 Hochwasserschutz Stadtbach/Kantonsstrasse K374: Verpflichtungskredit

Ivanka Basic (GPFK): Dieses Geschäft gab nicht viel zu reden in der GPFK. Der Stadtrat erstellte eine Risikoabwägung. Eine absolute Sicherheit des Hochwassers ist aus ökologischen, technischen und ökonomischen Gründen nicht möglich. Deshalb muss man sich bei der Planung und Umsetzung der Schutzmassnahmen immer die Frage stellen, welcher Schutz zu welchem Preis gewährleistet werden kann. Im Jahre 2002 wurde eine Konzeptstudie zur Bewältigung eines hundertjährigen Hochwassers durchgeführt. Die Ergebnisse der Studie zeigten auf, dass sich die Kosten für die Massnahmen auf über 3 Millionen Franken belaufen würden. Deshalb wurde diese Thematik verworfen. Im Zusammenhang mit der Sanierung der Kantonsstrasse hat sich die Frage wieder gestellt. Der Kanton beschloss ein tieferes Schutzziel zu akzeptieren, nämlich statistisch gesehen die Wahrscheinlichkeit eines Hochwassers alle dreissig Jahre. Dies geschieht obschon der Kanton bei den Kantonsstrassen üblicherweise ein höheres Schutzziel anwendet. Meine persönliche Erklärung hierfür ist, dass für den Kanton die Ammerswilerstrasse nicht von grosser Bedeutung ist. Es gab keine Einwendungen gegen diese Vorlage, sie wurde verständlich und plausibel erklärt und die GPFK ist mit dem Stadtrat einig, dass es Sinn macht, diese Massnahmen jetzt vorzunehmen. Vielen Dank an Christian Brenner, welcher sich die Zeit nahm um mit uns unsere Fragen zu besprechen. Unter anderem wurde gefragt, weshalb sich der Kanton nicht an den Kosten beteiligt. Dies hat einen historischen Grund: Offenbar sind alle öffentlichen Gewässer Eigentum des Kantons, aber vor 150 – 200 Jahren beschloss der Regierungsrat, den Stadtbach der Stadt Lenzburg zu überschreiben. Der Kanton beteiligt sich insofern, dass er Strassenquerungen und Stützmauern finanziert. Ebenfalls wurde gefragt, wie die Landwirtinnen und Landwirte dazu stehen, dass Überflutungen in diesen Regionen zugelassen werden. Im Gespräch fand man einen Konsens. Die künftige Situation ist ohnehin eine bessere, da weniger ungefiltertes Wasser von der Strasse überläuft. Die GPFK empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, diese Vorlage anzunehmen.

Von Seiten der SP möchte ich sagen, dass wir es schön finden, dass der Bach offengelegt wird. Es ist ästhetisch sicher schön und das Gesetz wird ebenfalls eingehalten. Auch die Fauna und Flora – Stichwort Steinkrebse – werden

hiermit geschützt. Im Zusammenhang mit meinen vorher genannten Aspekten des Kantons stellt sich die Frage, ob Tempo 30 auf der Ammerswilerstrasse nicht angebracht wäre. Gemeint ist natürlich dort, wo sie innerorts verläuft. Das ist natürlich eine andere Diskussion und gehört nicht zur Vorlage, aber man kann sich durchaus auf diese Argumente abstützen. Wir haben an der letzten Sitzung Voten betreffend Tempo 30 auf der Ringstrasse Nord gehört. In diesem Falle könnte man jetzt versuchen, diese Strasse zu schützen und mit Tempo 30 zu fahren.

Daniel Frey (EVP): Hochwasserschutz ist ein Thema, welches immer mehr diskutiert wird. Der Stadtbach ist eigentlich friedlich. Doch manchmal geschieht es, dass dieser friedliche Bach zu einem reissenden Fluss wird, welcher auch über die Ufer tritt. Diese Ereignisse führen meist zu grossen Schäden, da es nicht fern vom Siedlungsgebiet ist. Deshalb minimieren die Investitionen in dieser Vorlage sicher weitere Schäden. Mich hat diese Vorlage beeindruckt und ich erforschte die technischen Ausdrücke. Vielen Dank dem Tiefbauamt für die guten Erläuterungen. Das Projekt macht Sinn, um grössere Schäden an dieser Siedlung einzudämmen. Die EVP und Mitte-Fraktion stimmt dieser Vorlage einstimmig zu.

Antrag:

Der Einwohnerrat möge der Realisierung der Hochwasserschutzmassnahmen des Stadtbachs zustimmen und für die Ausführung des Vorhabens zusammen mit der Sanierung der Ammerswilerstrasse einen Verpflichtungskredit von CHF 682'000, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten, bewilligen.

Abstimmung

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6 ICT-Infrastruktur der Stadtverwaltung; Full-Outsourcing; Migrationsprojekt; Verpflichtungskredit

Francis Kühlen (GPFK): Zu Recht hat der Stadtrat beim Aufsetzen des Projekts Lenzburg 2021 realisiert, dass die Stadt Lenzburg ihre IT-Infrastruktur dringend

auf eine neue Basis stellen muss. Es ist nicht so, dass die heutigen IT-Dienstleistungen nicht zuverlässig erbracht werden. Mit einem betrieblichen Aufwand und Ertrag von rund 60 Millionen Franken und auf Vollzeit umgerechnet 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist unsere Einwohnergemeinde mit einem ordentlichen KMU vergleichbar. Mit jährlichen Kosten von rund CHF 550'000 oder rund 1 % des betrieblichen Aufwands im Verhältnis zum Umsatz können wir feststellen, dass wir über eine sehr günstige IT-Lösung verfügen. Das bleibt auch so, wenn man die Personalkosten des IT-Verantwortlichen dazurechnen würde. Weshalb dann eine neue IT-Infrastruktur und weshalb die Lösung eines Full-Outsourcings? Der Stadtrat beschreibt im Kapitel Ausgangslage die Gründe. Einerseits stellt die Digitalisierung zunehmend hohe technische und organisatorische Anforderungen an die IT. Das Sicherstellen der Cybersicherheit ist zwar nicht explizit erwähnt, wird aber höchstwahrscheinlich auch als gewichtige technische Herausforderung betrachtet. Mit der zunehmenden Digitalisierung wird das immer wichtiger. Das Risiko der bestehenden Lösung ist sicher auch die heute dünne personelle Besetzung der IT; im Wesentlichen ist es eine One-Man-Show. Ich meine dies nicht despektierlich, insbesondere auch weil ich mich persönlich in einem Prüfungsgespräch von der grossen Erfahrung und der tiefen technischen Kenntnis des Stelleninhabers überzeugt habe. Schliesslich erwähnt auch der Stadtrat zu Recht die wirtschaftliche und finanzielle Geldbetrachtung. Der Stadtrat hat einen Spezialisten der publis AG mit der Ausarbeitung einer IT-Strategie beauftragt. Der Begriff "ICT-Strategie" ist da wohl etwas hoch gegriffen. Es handelt sich vielmehr um einen Teil einer ICT-Strategie, welchen man besser mit dem Begriff "IT-Infrastruktur" und "Betriebsstrategie" bezeichnen würde. Ich lasse das C bewusst weg, da die Kommunikation offensichtlich nicht Teil der Vorlage ist. Bezüglich der Wahl der publis AG habe ich mich im Vorfeld der GPFK-Sitzung mit der Frage nach der compliance-Verträglichkeit beschäftigt. Aufgrund der Abklärungen betrachten wir diesen Punkt bei aller Sorgfalt als unproblematisch. Der finanzielle Umfang des Auftrags ist begrenzt. Im Aufgabenbereich des IT-Spezialisten der publis AG, Herrn Ruedi Kurt, ist ein möglicher Interessenkonflikt oder eine mögliche Vorteilsnahme seitens des Stadtrats oder seitens des Finanzverwalters nicht erkennbar. Die IT-Strategie wurde im zweiten Halbjahr 2021 erstellt und verabschiedet. Das anschliessende Beschaffungsverfahren wurde mit professioneller Begleitung zweistufig sehr professionell durchgeführt. Die Breite und Tiefe des Auswahlverfahrens entsprechen der prozessualen und finanziellen Bedeutung dieses Geschäfts für unsere Stadt. Es hebt sich qualitativ erfreulich stark ab von unseren früheren Beschaffungsverfahren. Für die Besprechung dieses Geschäfts in der GPFK erschienen von der publis AG Herr Ruedi Kurt, von der Abraxas die Herren Dimitri Enzler, Solution Architect, und Raffael Flore, Account Manager. Eine Reihe von Fragen wurde von der Abraxas umfassend beantwortet. Wichtig erscheint uns, dass die Einführung in festgesetztem Aufwand zu einem Fixpreis angeboten wird und keine Dienstleistungen nach Aufwand vorgesehen sind. Ebenso wichtig scheinen uns die Erfahrung der Abraxas im Bereich Cloud Computing mit Gemeinden von ähnlicher Grösse wie Lenzburg. Dies konnte durch entsprechende Referenzen bestätigt werden. Nebenbei bemerkt: Abraxas Aktionäre sind sechs Kantone und 132 Gemeinden. Die geschäftliche Aktivität der Firma beschränkt sich fast ausschliesslich auf öffentliche Verwaltungen. Die kritischen Bemerkungen aus den

Medien und Fragen über ein abgebrochenes Schulprojekt im Kanton Bern, wo sie beteiligt war, haben wir geprüft. Der Projektinhalt und das Umfeld dieses Projekts waren sehr spezifisch und sind für unsere Evaluation irrelevant. In der anschliessenden Befragung von Herrn Kurt der publis AG konnten wir uns von der Professionalität seiner Unterstützung überzeugen. Wichtig erscheinen uns seine persönliche positive Beurteilung und Erfahrung über die Firma Abraxas. Nach der Verabschiedung dieser Spezialisten befasste sich die GPFK mit der Risikoabschätzung des vorliegenden Projekts. Im Wesentlichen geht es um die Überführung eines bestehenden IT-Systems mit in unseren Räumlichkeiten installierten Hardware zu einer cloudbasierten virtuellen Umgebung. Dies kann man sich wie eine Blackbox vorstellen mit ca 12 verschiedenen Softwareapplikationen, welche man von einem System auf ein anderes überträgt. Für Fachleute ist das ein einfacher Prozess. Es ist interessanterweise auch geplant, die einzelnen Softwareapplikationen auf den neusten Stand zu bringen und die neusten Versionen zu installieren. Hierbei liegt ein gewisses technisches Risiko, welches aber nach der Einschätzung der IT-vertrauten Mitglieder der GPFK überblickbar sind. Diese Upgrades betrachten wir ausserdem nicht nur als vertretbar, sondern gar als höchst empfehlenswert. Für den Speicherort für die Systeme und Daten nutzt die Abraxas zwei in der Schweiz ansässige Schweizer IT-Unternehmen. Das grösste Rechenzentrum dieser befindet sich unweit von Lenzburg, nämlich in Lupfig. Interessanterweise sieht die GPFK das grösste Risiko bei diesem Projekt in den eigenen Reihen; konkret bei der stadtseitigen Projektorganisation. Bei einem Outsourcing-Projekt und -Betrieb ist es enorm wichtig, dass man auf Augenhöhe mit dem Dienstleister, die Migration und den Betrieb verfolgen und kontrollieren kann. Hierzu braucht es auf der Stufe des Projektleiters der Abraxas stadtseitig ebenbürtige Projektskills und Erfahrungen. Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen aus Lenzburg 21 betrachten wir diese momentan als ungenügend. Wir sind beim Stadtrat auf Verständnis gestossen und sehen dringenden Handlungsbedarf. Die GPFK hat deshalb dem Stadtrat auch Fragen zum Project Management gestellt. Der geplante Lenkungsausschuss wird während der Einführung mindestens einmal pro Monat den Projektstand überprüfen und hoffentlich auch lenken. Um unsere Bedenken zu berücksichtigen, haben wir vorgeschlagen, dass die GPFK nach jeder Sitzung des Lenkungsausschusses mit einer Kopie des Protokolls oder Statusberichts informiert wird. Andreas Schmid hat dem zugestimmt. Somit steht für die GPFK nichts mehr im Weg, um den vorliegenden Antrag zu unterstützen. Folglich empfiehlt die GPFK wie auch die FDP dem Einwohnerrat einstimmig, diese Vorlage zu genehmigen.

Christina Bachmann-Roth (Die Mitte): Wir haben einen mutigen Stadtrat, welcher ein IT-Projekt durchführen möchte. Am Anfang fragte ich mich, ob dieser Mut eher Übermut oder Leichtsinn ist. Man kann sich irgendwo auf diesem Kontinuum befinden. Ich bin aber zum Schluss gekommen, dass diese Vorlage wirklich mutig und auch unterstützungswürdig ist. Auch wir von der Mitte-Fraktion werden diese Vorlage unterstützen. Ich möchte aber einige Punkte noch erwähnen. Die Informationsveranstaltung auf Zoom war sehr

wertvoll und hilfreich. Es war sichtbar, dass dieses Geschäft nicht ein übermütiger Entscheid ist, sondern zuverlässig und gut recherchiert ist. Des Weiteren rentiert diese Vorlage, wir sparen nämlich 35 % der Betriebskosten jährlich. Die Firma Abraxas erscheint mir seriös, kompetent und gross genug. Auch die Zweifel betreffend den Skandal an den Berner Schulen konnte beseitigt werden. Ich hätte es jedoch empfehlenswert gefunden, wenn die Abraxas die Angelegenheit offen angesprochen hätte. Auch betreffend publis AG konnte ich alle Abklärungen sehr gut tätigen. Positiv finde ich zudem, dass Andreas Schmid Mandatsleiter ist und weitere Personen aus der Verwaltung mitarbeiten. Das zeigt auf, dass man sich mit dem Projekt identifiziert und hinter diesem steht. Ich persönlich wie auch die Mitte unterstützen diesen Schritt.

Corin Ballhaus (SVP): Viele von uns haben wahrscheinlich wenig verstanden, als wir diese Vorlage gelesen haben. Es gab noch nie eine Vorlage mit so vielen englischen Begriffen, welche wir im Alltag kaum verwenden. Wenn man beruflich nicht in der IT-Branche tätig ist, ist man bereits froh, wenn der Computer funktioniert und man einigermaßen effizient damit umgehen kann. Alles andere überlässt man gerne dem Profi. Das hat jetzt auch Lenzburg vor und das ist gut so. Allerdings wurde uns ja bereits bei Lenzburg 21 gesagt wir haben es mit Profis zu tun, was sich dann anders herausstellte. Aus dieser Erfahrung und weil Informatik eine komplexe Angelegenheit ist, hätte die SVP-Fraktion sich eine Vorlage gewünscht, die in verschiedenen Aspekten verständlicher und ausführlicher ist. Wir haben einiges aus den Ausführungen des GPFK-Präsidenten gehört, hätten dies aber gerne bereits in der Vorlage gelesen. Genauso gerne wollten wir mehr über den Umfang dieses Outsourcings erfahren. Wie diese Lösung heute im Vergleich zu der Zukunft aussieht, war schwer verständlich. Bei IT-Projekten wäre ein sogenanntes Kontextdiagramm hilfreich, auch um zu sehen, was nicht Teil der Vorlage ist. Wir wollten mehr darüber wissen, wie dieses Projekt an der Schnittstelle Stadt und Outsourcing-Partner konkret organisiert ist. Wer übernimmt welche Rolle, wer bringt welche Kompetenzen und wer übernimmt wofür die Verantwortung. Auf all unsere Fragen haben wir jetzt jedoch eine Antwort erhalten. Die Skepsis bezüglich Projektorganisation konnte zwar nicht vollständig beseitigt werden und auch betreffend Kosteneinsparungen sind wir nicht so optimistisch wie der Stadtrat, denn wir zahlen aktuell sehr wenig für unsere IT. Es darf also mindestens gleich viel kosten. Wichtiger als die Kosteneinsparung ist ohnehin, dass die Informatik in guten Händen ist und mit unseren Daten professionell umgegangen wird. Die SVP wird dieser Vorlage geschlossen zustimmen.

Anja Kroll (Grüne): Wir sind uns natürlich einig. Trotzdem wurde ich bei den Begriffen "komplex" und "mutig" getriggert. Ich möchte erwähnen, dass es nicht sofort komplex ist, nur weil es Informatik ist. Es ist höchstens kompliziert und hierfür gibt es Fachpersonen. Komplexität ist, wenn man Neuland betritt und mit neuen Technologien Dinge tut, welche man noch nicht kennt. Das ist hier nicht der Fall. Wir haben einen soliden Untergrund. Diesen Weg haben schon viele

Personen vor uns begangen und die Abraxas haben diesen Weg als Dienstleister bereits mehrfach begleitet. Vielleicht braucht es Mut, dieses Projekt umzusetzen, aber grundsätzlich ist es vor allen Dingen höchste Zeit, dass es angegangen wird. Ich bin froh, dass Andreas Schmid dieses Projekt durchführt und hoffe einfach, dass er die richtigen Leute für die Durchführung findet. Das Vertrauen in dieses Geschäft konnte ich mittels den uns zugestellten Unterlagen gewinnen, auch wenn ich nicht alles von Anfang an verstanden habe. Das Einzige, was ich kritisieren möchte, ist die Aufbauorganisation. Dass ein Lenkungsausschuss auch im Projekt mitarbeitet, hat sich noch nie bewährt und das sollte getrennt werden. Wir müssen in diesem Zusammenhang auf der personellen Ebene gut aufpassen. Eine weitere Thematik ist, dass wir uns von diesem Geschäft auch versprechen, dass die Attraktivität der Stadt Lenzburg für potenzielle Fachkräfte gesteigert wird. Dieser Aspekt ist sehr wichtig, da gute Arbeitnehmer auch gute Werkzeuge zur Verfügung haben möchten.

Sofie Kamber (SP): Dieses Geschäft bietet Chancen sowie neue Möglichkeiten und die SP befürwortet weitere Schritte nach vorne. Gegenüber der jetzigen in-house-Lösung bietet Outsourcing verschiedene Vorteile. Einer davon ist, dass man sich auf die Expertise des Partners stützen kann. Bei der gewählten Firma ist diese aufgrund der grossen Erfahrung garantiert. Sie sind ebenfalls zertifiziert nach ISO-Standard; unter anderem haben sie das Zertifikat für Informationssicherheit und Umweltmanagement. Daher kann man darauf schliessen, dass sie sorgfältig arbeiten. Die neue Lösung wird cloudbasiert sein. Gemäss der Abraxas wird die Sicherheit so gut wie möglich garantiert, wie beispielsweise mit einer End-zu-End-Verschlüsselung. An dieser Stelle plädiere ich als Informatikstudentin, dass Benutzerinnen und Benutzer künftig sichere Passwörter wählen sollen und offen sein sollten für Schulungen zum Thema Fishingattacken. Das ist eine ernstzunehmende Gefahr. Es wurde aber in diesem Zusammenhang bereits ein Massnahmepaket vorgestellt. Ich möchte mich bedanken beim Stadtrat und der Verwaltung für die gut ausgearbeitete Vorlage sowie die zusätzlichen Informationsquellen. Die Stadt hat sich für einen seriösen und erfahrenen Partner entschieden und die SP unterstützt den Antrag.

Adrian Höhn (GLP): Die GLP begrüsst, dass der Stadtrat dieses Projekt anpackt. Wie sind der Meinung, dass Outsourcing die beste Wahl ist. Eigene Rechenzentren betreibt heute kaum noch jemand, besonders nicht Unternehmen und Gemeinden in der Grösse der Stadt Lenzburg. Weit weg sind unsere Daten auch nicht, sie gehen lediglich nach Lupfig zu "Green" und der Schweizer Datenschutz gilt glücklicherweise auch dort. Zudem sind sie physisch dort bestimmt besser geschützt als jetzt, ohne der Stadtverwaltung etwas unterstellen zu wollen. Aus unserer Sicht ist ein kleiner Wehrmutstropfen, dass man mit der Auslagerung der Struktur beginnt und die mögliche Ablösung von selbst gehosteten Fachlösungen durch "Software as a service", SAS, nicht als erstes angegangen ist. Meist sind SAS-Lösungen in der Vollkostenrechnung

günstiger, da sie von einem grossen Konsortium betrieben und Wartungs- und Supportkosten dementsprechend aufgeteilt werden. Mit grosser Wahrscheinlichkeit wären bei der Migration zu SAS-Lösungen bestimmte Server, welche wir jetzt in die Cloud verschieben, gar nicht mehr notwendig. Selbst die Abraxas meinte es sei unüblich, dass man mit dem Outsourcing beginnt und nicht mit der SAS-Migration. Wir möchten dem Stadtrat deshalb ans Herz legen, dieses Thema nochmals genau zu analysieren und falls notwendig die Verträge dahingehend anzupassen, dass nach Ablauf des Lizenzierungszeitraums beim Lieferanten Thalys eine Migration zu einer SAS-Lösung möglich ist – ohne, dass wir für die ungenutzten Serverkapazitäten zahlen müssen. Zudem möchten wir den Stadtrat bitten, das personelle Risiko bei der internen Projektführung im Auge zu behalten. Wir sind jedoch zuversichtlich, dass das mit einem guten Controlling und mit einer Fach- und Projektkompetenz seitens der Abraxas kompensiert werden kann. Die GLP stimmt diesem Geschäft einstimmig zu.

Antrag:

Der Einwohnerrat möge für die Umsetzung der cloud-based ICT-Betriebslösung und die Durchführung des Migrationsprojekts einen Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 285'000 inkl. MwSt. bewilligen.

Abstimmung

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7 Seonerstrasse K249; Bahnübergang Seetalbahn Brännli; Kreditabrechnung

Corin Ballhaus (SVP): Die vorliegende Kreditabrechnung ist knapp abgefasst. Genauso überschaubar sind auch die sechs Buchungen auf dem Projektkonto, welches Thomas Schär und ich überprüft haben. Wir haben festgestellt, dass diese Buchungen korrekt erfolgt sind. Es handelt sich hierbei um ein Projekt des Kantons, welches auf Initiative der Stadt zustande gekommen ist, nachdem er bei der Sanierung der Seetalbahn irrtümlicherweise den Bahnübergang aufgehoben hat. Mit der heutigen Kreditabrechnung findet eine lange Geschichte ein gutes Ende. Der Einwohnerrat hat im Juni 2018 einem Verpflichtungskredit von CHF 310'000 zugestimmt, 50 % dieser Projektkosten zu übernehmen. Im

weiteren Projektverlauf hat Lenzburg für dieses Projekt fünf Teilzahlungen an den Kanton geleistet. Ende April dieses Jahres erfolgte die Schlusszahlung. Anfang Oktober hat Staufen ausserdem deren Anteil überwiesen, welcher als ein Viertel unseres Kostenanteils festgelegt wurde. Thomas Schär und ich konnten zudem Einblick in den Schlussbericht des Departements Bau, Verkehr und Umwelt des Kantons Aargau nehmen. Im Rahmen dieses Projekts wurde innerhalb von 6 Monaten Bauzeit wie geplant ein gesicherter Bahnübergang erstellt, mitsamt einer Fussgängerstrassenquerung mit Schutzinsel und Gehweganbindung. Damit wurde die Schulwegsicherheit verbessert. Dieses Projekt schliesst mit einem Aufwand von CHF 559'273.15, davon übernahm Lenzburg die Hälfte, also CHF 279'636.60 und hat CHF 69'900.15 an die Gemeinde Staufen weiterverrechnet. Der Nettoaufwand für Lenzburg beträgt somit noch CHF 209'727.45, was einer Kreditunterschreitung vom genehmigten Bruttokredit von rund 10 % entspricht. Zu Beginn rechnete der Kanton noch mit einer Kreditüberschreitung, da die Kosten vier Jahre vor Baubeginn geschätzt worden sind. Die Bauzeit fiel jedoch in die Zeit des Lockdowns und somit konnten die Bauarbeiten sehr zügig durchgeführt werden. Aufgrund des wenigen Verkehrs auf der Seonerstrasse hielten sich auch Sicherheits- und Verkehrsmassnahmen in Grenzen. In der GPFK gab diese Kreditabrechnung keine Diskussion. Wir empfehlen sie einstimmig zur Annahme. Die SVP-Fraktion schliesst sich dieser Entscheidung an.

Antrag:

Der Einwohnerrat möge die Kreditabrechnung für die Realisierung des Bahnübergangs Brännli an der Seonerstrasse (K249) schliessend mit brutto CHF 279'636.60 genehmigen.

Abstimmung

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8 Schriftliche Anfrage "Die Mitte" "Energieversorgung und Strompreise"; Beantwortung des Stadtrats

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Die Beantwortung des Stadtrats erfolgte schriftlich. Die Anfragenden haben jetzt die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Keine Wortmeldungen.

8 a Dringliche Motion: Beitritt Energiesparallianz (zusätzlich eingeschobenes Traktandum)

Daniel Mosimann (Stadtammann): Wir wurden über diese dringliche Motion im Vorfeld in Kenntnis gesetzt und haben uns bezüglich Energiesparallianz informiert. Zuerst möchte ich danken für die Anregung, dieser Allianz beizutreten. Der Stadtrat hat dieses Anliegen aufgenommen und bereits umgesetzt. Die Anmeldung ist erfolgt, wir haben die Massnahmen aufgrund der von uns getätigten Vorarbeiten beschrieben und es ist beim Bundesamt für Energie eingegangen.

9 Umfrage

Weihnachtsbeleuchtung

Daniel Mosimann (Stadtammann): Ich habe an der letzten Einwohnerrats-sitzung mitgeteilt, dass wir eine Arbeitsgruppe Energie- und Strommangellage ins Leben gerufen haben. Diese Arbeitsgruppe hat sich bereits getroffen und Massnahmen beschlossen. Unter anderem wurde beschlossen, dass auf die Beleuchtung der öffentlichen Gebäude verzichtet wird. Auch wurde zusammen mit dem Kanton entschieden, dass auf die Inbetriebnahme der neuen Schlossbeleuchtung verzichtet wird. Hoffentlich kann dies nächsten Frühling nachgeholt werden. Zudem waren Vertreter der Schule anwesend und es wurde vereinbart, dass auf die Beleuchtung der alljährlich beliebten Adventsfenster in der Schulanlage Angelrain verzichtet wird. Die Fenster werden zwar dekoriert, aber in der aktuellen Situation ist es nicht opportun, die Lichter hierfür während mehreren Stunden brennen zu lassen. Die Adventsfenster sind ein wichtiger Bestandteil der Weihnachtszeit für die Schülerinnen und Schüler, für die Eltern wie auch für die Bevölkerung allgemein. Aus diesem Grund und konsequenterweise entschied die Arbeitsgruppe, auch die Weihnachtsbeleuchtung nicht zu verwenden. Zu den gestellten Fragen: Die Beleuchtung ist primär nur in der Alt-

stadt. Sie wirft jeweils Licht in die Rathausgasse, Kirchengasse und Leuengasse. Eine Reduktion der Zeitdauer ist grundsätzlich möglich, es besteht jedoch keine zentrale Steuerung hierfür. Teilweise läuft die Beleuchtung über private Hauseigentümer, welche für dessen Ein- und Ausschaltung verantwortlich sind. Eine Alternative zur Weihnachtsbeleuchtung haben wir nicht geprüft. Wir haben jedoch beschlossen, dass die wunderschöne Tanne trotzdem wieder im Sodbrunnen aufgestellt wird. Die Schülerinnen und Schülern werden diesen Baum schmücken – nicht mit Lichtern, aber mit anderem Baumschmuck – sodass trotzdem Weihnachtsstimmung aufkommt. Mit einzelnen Zentrumsgeschäften stehen wir im Austausch. Es ist zwar ein Bedauern spürbar, aber ebenfalls ein gewisses Verständnis für diese Massnahmen aus Konsequenzgründen. Betreffend Schaufensterbeleuchtung forderte der Stadtrat mittels Medienmitteilung auf, dass man sparsam mit dieser umgeht. Grundsätzlich halten wir uns an die Verhaltensempfehlungen von Bund und Kanton. Es existieren genügend Unterlagen und Informationen, welche allen zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund müssen wir auch keine weiteren Schreiben aufsetzen.

Christina Bachmann-Roth (Die Mitte): Vielen Dank für die schnelle Beantwortung dieser Anfrage durch den Stadtrat. Wir haben schliesslich entschieden, aus dem Postulat eine Anfrage zu machen, sodass wir heute darüber sprechen und alle Alternativen prüfen können. Besten Dank auch für die schnelle Reaktion, im Zusammenhang mit der Energiesparallianz. Betreffend die Weihnachtsbeleuchtung möchte ich erwähnen, dass es hier wohlmöglich Verbesserungspotenzial gäbe. Vielleicht ist es nicht so schlau, dass wir eine Beleuchtung haben, aber keine zentrale Steuerung dafür. Schnell kann das wahrscheinlich nicht umgesetzt werden, aber es ist definitiv ein Anhaltspunkt für eine künftiges Optimieren. Es ist ebenfalls nicht sehr schlau, dass die Stadt Lenzburg auf die Beleuchtung radikal verzichtet, andere Städte wie Aarau und Baden dies hingegen nicht tun. Die Weihnachtszeit ist schliesslich eine spezielle Zeit für uns alle und die Lichter zeigen unsere Tradition und unsere schöne Altstadt. Wir müssen Strom sparen, wir haben die Allianz soeben unterschrieben, und wir werden auch sparen. Die Bevölkerung wird ebenfalls dazu ermuntert zu sparen. Gerade dann tut es der Seele bestimmt gut, wenn wieder ein positives, schönes Erlebnis besteht. Deshalb schlage ich vor, dass wir nur den Tannenbaum beleuchten. Dies wäre bestimmt zentral steuerbar, sorgt während ein paar Stunden für ein wenig Wärme und es könnten sparsame LED-Lampen verwendet werden. Ich sehe dies als einen Kompromiss, bei welchem wir trotzdem noch Strom sparen können. Die Idee mit Laternen wäre ebenfalls möglich, wahrscheinlich jedoch etwas aufwändiger. Ich bitte den Stadtrat nochmals, sich diesem Anliegen anzunehmen und zu überlegen, wie man dennoch ein wenig Licht in die Altstadt und die Adventszeit bringen kann.

Daniel Mosimann (Stadtammann): Bei der Energiesparallianz sieht man, dass 90 % der Gemeinden entweder eine reduzierte Version der Weihnachtsbeleuchtung durchführen oder diese ganz abschalten. Wir sind in dieser Hinsicht

keine Exoten. Für den Stadtrat ist die Vorbildfunktion als Stadt gegenüber privaten Personen wichtig, sodass wir sie nicht dazu animieren, alle Renntiere und Lichtervorhänge zu verwenden. Auf der anderen Seite stellt sich auch die Frage, wer die Verantwortung für das Ambiente in der Altstadt trägt. Wir haben unseren Teil mit einer dezenten Weihnachtsbeleuchtung dazu beigetragen. Die Geschäfte haben jedoch ebenfalls eine Verantwortung und ein Interesse daran, dass eine gewisse Atmosphäre in den Strassen entsteht. Wir nehmen diese Anregung gerne auf.

Iris Bachmann (Die Mitte): Bei der Weihnachtsbeleuchtung in der Altstadt sind Tannengirlanden über den Geschäften gemeint. Ist es auch möglich, dass die Girlanden aufgehängt werden, jedoch nicht angezündet werden?

Daniel Mosimann (Stadtammann): Diese Frage haben wir uns gar nicht gestellt. Die Diskussion war, ob sie durchgeführt wird oder nicht und wenn diese nicht durchgeführt wird, dann werden die Girlanden auch nicht aufgehängt. Bei unseren Gebäuden werden die Girlanden durch die Werkhofsmitarbeiter aufgehängt, den Rest der Girlanden erledigen die Vereine. Wir haben diesen Vereinen die Absage erteilt.

Ruby Häusermann (FDP): Ich möchte betreffend deinem Bezug zum Kanton anmerken, dass dieser die Empfehlung einer reduzierten Beleuchtung abgibt und nicht einen kompletten Verzicht. Ebenfalls wird jeder Person täglich durch die frühere Ablösung der Beleuchtung in Erinnerung gerufen, dass wir Strom sparen müssen und die Lichter früher löschen beziehungsweise privat eventuell darauf verzichten sollten. Wir bitten euch daher inbrünstig, diese Angelegenheit nochmals zu überdenken und eventuell zumindest den Tannenbaum zu beleuchten, um für Weihnachtsatmosphäre zu sorgen.

Chantal Toker-Bieri (GLP): Die Position der GLP ist ganz klar, wir stehen zu 100% hinter dem Stadtrat. In der jetzigen Situation ist es ein "No-go", wenn wir in der Altstadt Strom verbrauchen, selbst wenn es schön und stimmungsvoll ist. Die Vorbildfunktion muss wahrgenommen werden. Wenn wir bezwecken möchten, dass die Anwohner ihre Gärten nicht mit Lichterdekorationen schmücken, dann dürfen wir dies ebenfalls nicht tun. Zumal haben wir soeben den Beitritt in die Energiesparallianz beschlossen, welche die gegenteilige Meinung vertritt. Dass der Tannenbaum aufgestellt ist, ist jedoch bestimmt eine gute Idee.

Thomas Schär (SP): Im Namen der SP Fraktion schliesse ich mich Chantal an. Es geht nicht um den effektiven Strom, welcher beispielsweise mit LED-Lampen verbraucht wird. Es geht darum ein Zeichen zu setzen, dass wir etwas gegen

diese Situation unternehmen. Eine frühere Löschung der Lichter würde niemandem auffallen und die Altstadt ist spät abends ohnehin nicht dunkel. An die Vertreter des Gewerbes oder Personen, welche Kontakt zu diesen haben: Es gibt immer noch Geschäfte, wenn auch wenige, welche die Schaufenster nach Mitternacht hell beleuchtet haben. Das sollte geändert werden, denn zu dieser Zeit ist keine einzige Person mehr unterwegs. Wir unterstützen die Entscheidung des Stadtrates vollkommen.

Christina Bachmann-Roth (Die Mitte): Ich bin manchmal auch spät am Abend in dieser Umgebung unterwegs. Dass bestimmte Schaufenster trotzdem beleuchtet werden, hat auch sicherheitsrelevante Aspekte. Man kann sich auch auf den gesunden Menschenverstand abstützen, denn die Lenzburgerinnen und Lenzburger wissen bestimmt, dass LED-Lampen weniger Strom verbrauchen und man in einem verhältnismässigen Mass sparen soll. Wir müssen nicht eine Dringlichkeits- und Notfallsituation kreieren, bei welcher wir täglich an nichts anderes mehr denken als an das Stromsparen. Es darf darauf vertraut werden, dass wir effektiv Strom sparen. Und trotzdem können wir unsere Altstadt in dieser Zeit beleuchten.

Abgabe von gratis Menstruationsartikel an Lenzburger Schulen

Anja Kroll (Grüne): Ich vertrete Anna Lena Drahts heute für dieses Anliegen. Die Abgabe von gratis Menstruationsartikeln ist in diversen aargauischen Städten bereits Gewohnheit. Unsere Frage ist, wo die Stadt Lenzburg in diesem Zusammenhang steht und welche Schritte künftig geplant sind.

Barbara Portmann (Stadträtin): Im Rahmen der Quartalsarbeiten führen die Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen jeweils ein Projekt durch. Eine Arbeit zweier Schülerinnen bestand aus einem selbst hergestellten Kasten, in welchem sich Binden und Tampons befinden. Dieser ist seither im Pavillon D installiert und zugänglich. Die ersten Erfahrungen sind sehr positiv, es wurde kein Unfug betrieben und das System funktioniert gut. Dieser Versuch läuft nun eine bestimmte Zeit und anschliessend wird die Installation solcher Kästen im gesamten Oberstufen-Schulareal in den Mädchen-Toiletten in Angriff genommen. Vielen Dank an die Lehrpersonen, besonders an eine Lehrperson, welche diesen Versuch betreut und selbst finanziert hat. Dies wird künftig natürlich geändert.

Veraltete Reglemente und Gemeindeordnung

Marcel Strebel (FDP): Es betrifft das Thema der Einbürgerungsgesuche. Das Aargauer Gemeindegesetz datiert vom 1.1.2022, die Gemeindeordnung von Lenzburg vom Juni 2005 und das Geschäftsreglement des Einwohnerrats vom 13.9.1983. Ich bin noch nicht lange im Rat, aber ich war bisher immer für offene

Einbürgerungsabstimmungen. 20 Jahre lang war ich an Gemeindeversammlungen. Dort ist diese Handhabung normal, selbst in einer Gemeinde wie Staufeu, welche lange Zeit sehr rechtslastig geprägt war. In unserem Geschäftsreglement steht, dass Einbürgerungen ausnahmslos geheim zu erfolgen haben. Meine Frage lautet: Ist das Ratsbüro bereit, über das Geschäftsreglement von 1983 zu diskutieren. Dieselbe Frage möchte ich dem Stadtrat betreffend Gemeindeordnung stellen, denn auch dort sind Artikel, welche so nicht mehr zulässig sind.

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Grundsätzlich ist bekannt, dass viele Artikel existieren, welche nicht mehr funktionieren und mittlerweile auch von übergeordnetem Recht anders ausgelegt sind. Dieses Thema ist schon länger auf der Stadtverwaltung pendent und man arbeitet daran.

Daniel Mosimann: Es ist ein bekanntes Thema und Phänomen, dass diese Regelwerke im Laufe der Zeit Staub ansetzen. Es gelten jedoch immer Bund- und Kantonsregelungen. Wir sind daran, die verschiedenen Aspekte zu sammeln und abzuklären, an welchen Orten Handlungsbedarf besteht. Das Ziel ist, diese Werke in dieser Legislatur vor den Einwohnerrat und vor das Volk zu bringen. Es gibt immer wieder Anregungen auch auf kantonaler Ebene. All diese Themen könnte man gemeinsam verarbeiten.

Dank an die SWL

Christoph Nyfeler (FDP): Ich möchte ein Dankeswort aussprechen dafür, dass unsere SWL, die Geschäftsleitung sowie das Management der SWL sehr vorausschauend Strom eingekauft haben zu einem Preis, welcher im Vergleich sehr attraktiv ist. Ich bin als Unternehmer in mehreren Kantonen aktiv und kann bestätigen, dass die SWL frühzeitig ein sehr gutes Angebot sicherstellen konnte. Sie haben zu 100 % Wasserstrom eingekauft – 80 % Schweizer Wasserstrom und 20% alpiner Wasserstrom.

Baumkataster

Thomas Schär (SP): Die SP-Fraktion hat im Juni 2021 ein Postulat für einen öffentlichen Baumkataster eingereicht. Im September 2021 begannen wir darüber zu diskutieren. Der Stadtrat erklärte dann, dass ein solcher Kataster bereits intern existiert und man diesen ohne Probleme öffentlich aufschalten kann. Ein Dank gilt Martin Stücheli, welcher damals die Zusage machte. Seit September 2022 ist der öffentliche Baumkataster auf der Webseite der Stadt Lenzburg aufgeschaltet. Es sind Bäume und Brunnen ersichtlich. Die Zugänglichkeit des Links lässt sich noch verbessern, diesbezüglich sind wir aber zuversichtlich. Ein Dankeschön dem Stadtrat, Christian Brenner und der SWL, welche den Kataster betreuen.

Temperatur in den Gebäuden der Stadtverwaltung

Birgitte Vogel (SVP): In diesem Zimmer sind gerade 24 Grad. Ich hoffe sehr, dass die anderen Gebäude der Stadt Lenzburg nicht so stark beheizt werden wie diese grosse Aula, da wir schliesslich den gesamten Abend mit Diskussionen über Energiesparmassnahmen verbringen. Mit der Temperatur in Gebäuden können wir viel sparen, das wäre meine Anregung.

Marcel Wattinger: Es ist eine sehr komplexe Angelegenheit im Lenzhard. Es handelt sich um eine externe Firma, die Firma Honeywell. Die Problematik ist, dass es draussen sehr warm ist. Wir haben die Temperatur bereits in sämtlichen Gebäuden gesenkt. Dies ist jedoch nicht aussagekräftig, da es draussen aktuell zu wenig kalt ist. Morgens im Angelrainschulhaus merkt man den Unterschied zwar, doch die Gebäudetemperatur steigt im Laufe des Tages aufgrund der Aussentemperatur. Es ist nicht einfach, diese Temperatur einzustellen. Wir arbeiten jedoch an diesem Problem.

Daniel Mosimann (Stadtammann): Wir haben in der Arbeitsgruppe auch über die Räume der Stadtverwaltung gesprochen. Es wurde beschlossen, dass die Raumtemperatur in den Gebäuden der Stadtverwaltung um 3 Grad gesenkt wird. Das wird bestimmte Auswirkungen haben. Wir verzichten ebenfalls auf die temporäre Beheizung von schlecht isolierten Räumen. Betroffen davon ist insbesondere der alte Gemeindesaal und die Arkade. Diese wird dieses Jahr nicht mehr beheizt, auch nicht für Anlässe.

Lärmschutzwand an der Ammerswilerstrasse

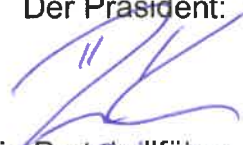
Chantal Toker-Bieri (GLP): Diese Woche habe ich erfahren, dass der Kanton plant, eine Lärmschutzwand an der Ammerswilerstrasse zu bauen. Es wurde bereits von Landabtretungen der Privateigentümer gesprochen. Meine Frage ist, ob das korrekt ist und ob es nicht endlich Zeit wäre, dass wir für Tempo 30 auf der Ammerswilerstrasse kämpfen.

Daniel Mosimann (Stadtammann): Ich höre zum ersten Mal von dieser Lärmschutzwand. Ich kann mir fast nicht vorstellen, dass man an dieser Strasse innerorts solche Mittel einsetzen wird. Es war ja auch nicht Bestandteil des Projekts, welches auflag. Die Gespräche betreffend Landabtretungen haben durchaus stattgefunden. Aber es geht in diesem Zusammenhang primär nicht um Lärmschutzwände, sondern um den Landerwerb für das west-seitige Trottoir. Des Weiteren werden wir ein Treffen vereinbaren, um über die Frage betreffend Tempo 30 zu diskutieren. Wir haben diese Frage bereits mit dem Kanton erörtert und überlegen uns, wie wir künftig mit dem Anliegen umgehen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

NAMENS DES EINWOHNERRATS

Der Präsident:



Die Protokollführerin:

